

presse

SPD begrüßt Vorstoß von BA-Chef Alt zu Ein-Euro-Jobs

Zu den Vorschlägen des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, die sogenannten Ein-Euro-Jobs künftig anders zu gestalten, erklären die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und ihre Stellvertreterin Katja Mast:

Wir begrüßen den Vorstoß von Heinrich Alt. Die Ein-Euro-Jobs sind sinnvoll und hilfreich für bestimmte Gruppen Arbeitsuchender. Das Instrumentarium muss jedoch zielgerichteter eingesetzt werden, unter anderen häufiger in der sogenannten Entgeltvariante. Das bisherige Gießkannen-Prinzip muss aufhören. Hierin stimmen wir mit den meisten Sozialverbänden und vielen Argen überein.

Niemand sollte gezwungen werden, Arbeitsgelegenheiten anzunehmen. Hierdurch würde das Instrumentarium aufgewertet werden. Ein-Euro-Jobs sind keine Strafe, sondern sollen der schrittweisen Heranführung an den Arbeitsmarkt dienen.

Dazu müssen sie zielgruppenorientierter eingesetzt werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir dringend mehr Jobvermittler. Nur so sind ein vernünftiges Profiling und eine tragfähige Eingliederungsvereinbarung machbar. Individuelle Förderbedürfnisse können nicht in einem zehnminütigen Gespräch erkannt werden. Insbesondere wenn Arbeitsgelegenheiten als erster Schritt zurück ins Erwerbsleben eingesetzt werden (zum Beispiel zur Tagesstrukturierung), muss auch die sozialpädagogische Betreuung verbessert werden. Insgesamt muss stärker Augenmerk auf Qualifizierung gelegt werden.

Die Art der Förderung muss auch bei Arbeitsgelegenheiten teilweise langfristiger

angelegt sein, als dies bisher oft der Fall ist. Erfahrungen in der Praxis haben gezeigt, dass längere Förderzeiträume als die üblichen sechs Monate erforderlich sein können. Auch Umschichtungen der Arbeitsmarktmittel in längerfristige Maßnahmen sind sinnvoll.

Um zu verhindern, dass durch Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden, fordert die SPD einen Zustimmungsvorbehalt für Gewerkschaften und Kammern.